

Vorlagennummer: FB 56/0505/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 30.07.2024

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 05.06.2024 – öffentlicher Teil

Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von: DEZ VI, FB 56/100
Ziele: keine Klimarelevanz

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.08.2024	Integrationsrat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 05.06.2024 - öffentlicher Teil.

Finanzielle Auswirkungen:

	JA	NEIN	
		x	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Keine

Klimarelevanz:

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			x

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:
Keine

Anlage/n:
1 - Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 05.06.2024 - öffentlicher Teil (öffentlich)

Die Oberbürgermeisterin



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Integrationsrates

8. Juli 2024

Sitzungstermin:	Mittwoch, 05.06.2024
Sitzungsbeginn:	17:10 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Frau Amina Smajic	als Vorsitzende
Ratsfrau Franca Braun	
Ratsfrau Andrea Derichs	
Ratsherr Birdal Dolan	
Ratsherr Holger Kiemes	
Ratsfrau Dr. Julia Oidtmann	als Vertreterin von Ratsfrau Nathalie Koentges
Herr Safi Özbay	
Herr Ruslan Pivovarov	
Frau Julia Rejf	ab 17:57 Uhr
Frau Marie-Jose Schlösser-Al-Janabi	

INT/23/WP18

Ausdruck vom: 08.07.2024

Seite: 1/17

Ratsherr Dirk Szagunn

Herr Chrysostom Thevaraj

als Vertreter von Frau Sabrina van Haßelt-Thevaraj;
ab 17:50 Uhr

Herr Cengiz Uluğ

Frau Anahid Younessi

Abwesende:

Herr Mohammed Altaif

entschuldigt

Herr Ralf Demmer

entschuldigt

Herr Karim El Naggar

unentschuldigt

Ratsfrau Nathalie Koentges

entschuldigt

Herr Eyüp Özgün

unentschuldigt

Frau Bürgermeisterin Hilde Scheidt

entschuldigt

Herr Dr. Francis Soki Kinkela Luzolo

unentschuldigt

Frau Sabrina van Haßelt-Thevaraj

entschuldigt

Herr Baran Yenen

unentschuldigt

Gäste:

Frau Allmann

Sprachenakademie Aachen gGmbH

von der Verwaltung:

Herr Tönnies

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
- stv. Fachbereichsleitung -

Frau Hagmeyer-Uerlings

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Kreuzer

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Herr Rahn-Bergner

Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Linnenbrink

Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
- Fachbereichsleitung -

Frau Hens

Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung

als Schriftführerin:

Frau Schmidt

INT/23/WP18

Ausdruck vom: 08.07.2024

Seite: 2/17

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Integrationsrats vom 29.11.2023, 24.01.2024, 14.02.2024 und 20.03.2024 – jeweils öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0403/WP18

- 3 **Integrationsratswahl 2025**
Vorlage: FB 56/0406/WP18

- 4 **Vortrag der Ausländerbehörde**

- 5 **Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 Baugesetzbuch in der östlichen Innenstadt – Analysebericht und vorläufige Sanierungsziele, Sachstand und weiteres Vorgehen**
Vorlage: FB 61/0901/WP18

- 6 **Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse**
Vorlage: FB 56/0401/WP18

- 7 **Informationen zu „Anti-Diskriminierungsstellen“**
Vorlage: FB 56/0408/WP18

- 8 **Aktualisierung der Richtlinien für die Bezuschussung von Begegnungszentren von Migranten*innen-Organisationen**
Vorlage: FB 56/0407/WP18
- 9 **Vergabe von Mitteln aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/ 53180000**
„Integrationsmaßnahmen“
Vorlage: FB 56/0409/WP18
- 10 **„Wochenende der Vielfalt 2024“: Aktueller Planungsstand**
Vorlage: FB 56/0410/WP18
- 11 **Aktuelle Situation**
a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0390/WP18
- 12 **Anträge**
- 13 **Berichte aus den Gremien**
- 14 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 15 **Verschiedenes**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Integrationsratsvorsitzende, Frau Smajic, begrüßt die Mitglieder des Integrationsrats, die Gäste und die anwesenden Mitarbeiter*innen der Verwaltung. Die Vorsitzende stellt die Ordnungsgemäßheit der Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird einstimmig und unverändert beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Integrationsrats vom 29.11.2023, 24.01.2024, 14.02.2024 und 20.03.2024 – jeweils öffentlicher Teil Vorlage: FB 56/0403/WP18

Herr Özbay meldet sich zu Wort und gibt zur Sitzungsniederschrift vom 24.01.2024 folgendes zu Protokoll: Anders als zu TOP 6 auf Seite 11 der Niederschrift protokolliert, habe er nicht Frau Smajic sondern Frau Giancoli Tironi als ordentliche Vertreterin für den Ausschuss für Wissenschaft und Digitalisierung vorgeschlagen.

Weitere Rückmeldungen von Integrationsratsmitgliedern zu den insgesamt vier zur Genehmigung vorgelegten Niederschriften gibt es nicht.

Die Punktweise Abstimmung der vier Beschlusspunkte hat folgendes Ergebnis:

- Beschlusspunkt 1, Niederschrift der Sitzung vom 29.11.2023, einstimmig bei einer Enthaltung aufgrund von Nichtanwesenheit
- Beschlusspunkt 2, Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2024, einstimmig bei einer Enthaltung aufgrund von Nichtanwesenheit

- Beschlusspunkt 3, Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2024, einstimmig bei zwei Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit
- Beschlusspunkt 4, Niederschrift der Sitzung vom 20.03.2024, einstimmig bei einer Enthaltung aufgrund von Nichtanwesenheit

Beschluss:

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 29.11.2023 - öffentlicher Teil.

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 24.01.2024 - öffentlicher Teil.

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 14.02.2024 - öffentlicher Teil.

Der Integrationsrat genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrats vom 20.03.2024 - öffentlicher Teil.

zu 3 Integrationsratswahl 2025

Vorlage: FB 56/0406/WP18

Eingangs stellt sich Frau Linnenbrink, Leitung des Fachbereichs „Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung“ den Mitgliedern des Integrationsrats vor. Sie gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Themen „Festlegung des Wahltags“ und „Neuzuschnitt der Wahlbezirke“, insbesondere stehe der gemeinsame Termin für die Kommunalwahl und die Integrationsratswahl 2025 noch nicht fest, da dessen Festlegung in Abhängigkeit von dem noch nicht festgelegten Termin der Bundestagswahl 2025 erfolge.

Die Vorsitzende, Frau Blume, Herr Uluğ und Herr Pivovarov sprechen mehrere Themen an, u.a. unvollständige Wählerverzeichnisse im Rahmen der Integrationsratswahl 2020, die Modalitäten zur Registrierung im Wählerverzeichnis insbesondere mit Hilfe der Vorlage von Geburtsurkunden, das Prozedere für die Wahlbenachrichtigung kürzlich eingebürgerter Wahlberechtigter sowie die

Notwendigkeit der Vorlage von Urkunden für Altfälle, die nach dem Ausländerrecht bis 1993 zu beurteilen sind. Zudem bittet die Vorsitzende um zusätzliche Beantwortung der Fragen zur Integrationsratswahl, welche durch die Integrationsratsmitglieder im Januar im Rahmen eines persönlichen Gesprächstermins mit Vertreter*innen des Fachbereichs „Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung“ an diesen gestellt wurden.

Die Integrationsratsmitglieder und Frau Linnenbrink vereinbarten, dass diese Fachfragen nach der Sommerpause schriftlich seitens des Fachbereichs „Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung“ beantwortet werden, da zunächst die am 09. Juni stattfindende Europawahl im Fokus stehe. Die Vorstellung der Ergebnisse solle sodann in der Sitzung des Integrationsrats im August oder Oktober 2024 stattfinden.

Im Anschluss diskutiert der Integrationsrat über das „Für und Wider“ der Einführung einer ausschließlichen Briefwahl bei der Integrationsratswahl 2025 in Aachen. Angesichts der juristischen Notwendigkeit, die Briefwahlunterlagen/Stimmzettel aufgrund der deutschen Amtssprache auf „Deutsch“ verfassen zu müssen und des damit gegebenenfalls verbundenen Risikos des Nicht- bzw. Missverstehens seitens Wahlberechtigter, wird für den Fall einer Umstellung auf eine obligatorische Briefwahl, ganz überwiegend eine flankierende, mehrsprachige Informationskampagne für sinnvoll und richtig erachtet.

Am Ende der Debatte fasst der Integrationsrat einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 4 Vortrag der Ausländerbehörde

Frau Smajic, die Vorsitzende, weist zu Beginn der Beratung auf die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt hin (Anlage 1 zu TOP 4).

Die Vorsitzende, Herr Uluğ und Herr Özbay sprechen das elektronische Terminvergabesystem des städteregionalen Ausländeramts an. Sie kritisieren u. a.,

- dass es derzeit verwaltungsseitig nicht möglich sei, eine Termingarantie auszusprechen, falls ein Termin z. B. sechs Wochen im Voraus beantragt werde,
- dass die Buchung von Restterminen erst am jeweiligen Werktag ab 7.45 Uhr und nicht fortlaufend in der jeweils aktuellen Minute möglich sei.

Frau Smajic, die Vorsitzende, führt weiter aus, dass sie sich von den Mitarbeitenden des Ausländeramts grundsätzlich mehr Sensibilität wünsche.

Herr Pivovarov kritisiert, dass, nach seinen beruflichen Erfahrungen als Anwalt, das städteregionale Ausländeramt in Einbürgerungsverfahren in Einzelfällen bis zu einem Jahr an Zeit benötige.

Frau Smajic äußert, dass ihres Erachtens eine Strategie des Ausländeramts zur Lösung der Probleme fehle. Sie schlägt vor, einen Beschluss zu fassen, dass der Rat der Stadt Aachen Auskunft bei der StädteRegion einholen möge, wie die Probleme behoben werden sollen.

Herr Özbay erklärt, die Gründung der StädteRegion und die dortige Zuständigkeit für das Ausländeramt, dürften nicht zu Lasten der Migrant*innen gehen.

Herr Szagunn weist darauf hin, dass die Zuständigkeiten von StädteRegion und Stadt gesetzlich im „StädteRegion Aachen Gesetz“ verankert seien, die Stadt könne insofern die diskutierten, persönlichen Erfahrungen nicht beeinflussen.

Die Vorsitzende, Frau Smajic, spricht sich für einen Empfehlungsbeschluss an den Rat aus und formuliert einen diesbezüglichen Beschlussvorschlag. Dementsprechend fassen die Mitglieder des Integrationsrats am Ende der Debatte einstimmig den nachfolgenden geänderten Beschluss:

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, sich bei der StädteRegion Aachen nach der aktuellen Strategie bezüglich der Problematik mit Personalengpässen und Terminvergabeschwierigkeiten in der Ausländerbehörde der StädteRegion Aachen durch Auskunft bei der zuständigen Verwaltung zu erkundigen. Es wird darum gebeten, die Frage auch dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie vorzulegen.

**zu 5 Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 Baugesetzbuch in der östlichen Innenstadt –
Analysebericht und vorläufige Sanierungsziele, Sachstand und weiteres Vorgehen
Vorlage: FB 61/0901/WP18**

Die Integrationsratsvorsitzende, Frau Smajic, ruft Herrn Chrysostom Thevaraj, der erstmalig als Vertreter von Frau van Haßelt-Thevaraj an einer Sitzung des Integrationsrats teilnimmt auf und bittet ihn, die Verpflichtungsformel zu sprechen. Nachdem Herr Thevaraj die Verpflichtungsformel vor dem Gremium gesprochen hat, begrüßt Frau Smajic ihn als neues Mitglied und wünscht ihm viel Erfolg bei der Ausübung seines Mandats und eine gute Zusammenarbeit.

Danach steigt die Vorsitzende des Integrationsrats in die Beratung des Tagesordnungspunktes ein. Sie informiert die Integrationsratsmitglieder darüber, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Hens des Fachbereichs Stadtentwicklung und Stadtplanung (FB 61/500) persönlich anwesend sei und für etwaige Rückfragen zur Verfügung stehe. Frau Hens berichtet, dass auf „YouTube“ eine vertonte Präsentation zum Analysebericht „Voruntersuchung östliche Innenstadt“ abgerufen werden könne (→ https://youtu.be/JZ2_Xi-5dC0). Weiter informiert die Referentin über ein Bauberatungsangebot, dass Anfang Mai im Rahmen des Prozesses stattgefunden habe. Auf Nachfrage von Frau Smajic, ob im laufenden Programm jetzt noch die Implementierung kultureller Angebote für die Gruppe der Menschen mit internationaler Familiengeschichte möglich sei, erklärt Frau Hens, dass das Team „Östliche Innenstadt“ immer für neue Vorschläge dankbar sei. Impulse und Vorschläge könnten insbesondere über die städtische Funktionsmailadresse innenstadt-ost@mail.aachen.de weitergegeben werden.

Am Ende der Fragerunde beschließt der Integrationsrat einstimmig wie folgt:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung, den Analysebericht und die vorläufigen Sanierungsziele für die östliche Innenstadt zur Kenntnis.

zu 6 Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse

Vorlage: FB 56/0401/WP18

Frau Allmann (Sprachenakademie Aachen gGmbH) und Frau Kreutzer (Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration) führen in die Thematik ein. Sie erläutern die Vorgeschichte, Organisationsstruktur, Finanzierung und Arbeitsweise der neuen gemeinsamen Anlaufstelle von Stadt Aachen und StädteRegion Aachen. Anschließend beantworten die beiden Referentinnen Fragen aus der Mitte des Integrationsrats.

Frau Smajic spricht die problematische Umsetzung eines einzelnen Punktes des neuen Fachkräfteeinwanderungsrechts in der Praxis an.

Frau Derichs dankt dem gesamten Team der Anlaufstelle in den Aachen Arkaden für seine wertvolle Arbeit und begrüßt die damit einhergehende Schließung der drohenden Beratungslücke im Jahr 2024. Sie bitte die Vorsitzende allerdings darum, Fachfragen aus deren beruflicher Praxis nicht in den Sitzungen des Integrationsrats zu besprechen. Frau Smajic entgegnet, dass sie solche Fragen jedoch für wichtig halte.

Frau Schlösser-Al-Janabi und Herr Özbay äußern Fragen zu verschiedenen Anerkennungsverfahren einzelner Berufe, zum Beispiel bei Handwerksberufen. Frau Allmann erläutert dazu, dass es in den Verfahren einen wesentlichen Unterschied mache, ob es sich um einen reglementierten oder einen nicht-reglementierten Beruf handele. Bei reglementierten Berufen seien die festgelegten Verfahren und Anforderungen alternativlos.

Herr Szagunn dankt ebenfalls den Mitarbeitenden der Anlaufstelle für ihre wertvolle Arbeit. Er bedauere den Wegfall des Angebots durch die jetzige Stelle ab dem 01.01.2025.

Frau Allmann erläutert überblicksweise die erfolgenden Beratungsleistungen, zum Beispiel zu den Aspekten der Lotsenfunktion, der niederschweligen Hilfen im Bereich der Übersetzung, der Klärung von etwaigen Fördermöglichkeiten oder der Ausfüllhilfe bei den Antragsformularen. Sie befürchte, dass das gesamte Angebot nicht durch die Agentur für Arbeit ab dem 01.01.2025 geleistet werden könne.

Frau Smajic, die Vorsitzende, dankt Frau Allmann und Frau Kreutzer nochmals für ihre Beratungstätigkeit und lobt, dass sie sich erkennbar mit viel Herzblut in der Sache engagieren.

Anschließend fasst der Integrationsrat einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 7 Informationen zu „Anti-Diskriminierungsstellen“**Vorlage: FB 56/0408/WP18**

Ohne inhaltliche Aussprache, fasst der Integrationsrat einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 8 Aktualisierung der Richtlinien für die Bezuschussung von Begegnungszentren von Migranten*innen-Organisationen**Vorlage: FB 56/0407/WP18**

Ohne weitere Debatte beschließen die Mitglieder des Integrationsrats wie folgt:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie die neuen Richtlinien für die Bezuschussung von Begegnungszentren von Migranten*innen-Organisationen zu beschließen.

zu 9 Vergabe von Mitteln aus dem PSP-Element 4-050501-901-3/ 53180000 „Integrationsmaßnahmen“**Vorlage: FB 56/0409/WP18**

Einstimmig ergeht folgender Beschluss des Integrationsrats:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht der Verwaltung zu den Projektanträgen Nr. 3 und Nr. 4 zur Kenntnis.

zu 10 „Wochenende der Vielfalt 2024“: Aktueller Planungsstand**Vorlage: FB 56/0410/WP18**

Ohne weitere Erörterungen fassen die Mitglieder des Integrationsrats einstimmig den nachfolgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung über den aktuellen Planungsstand zum „Wochenende der Vielfalt 2024“ zur Kenntnis.

zu 11 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0390/WP18

Einstimmig und ohne Aussprache fassen die Integrationsratsmitglieder den folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 12 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

zu 13 Berichte aus den Gremien

Frau Schlösser-Al-Janabi kündigt an, ihren schriftlichen Bericht zur Sitzung des Betriebsausschusses „Kultur und Theater“ am 7. Mai 2024 nach der Sitzung nachzureichen.

Herr Uluğ berichtet mündlich aus der Sitzung des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses am 4. Juni 2020. Er spricht das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) an.

Herr Özbay erinnert an die geltende Beschlusslage des Integrationsrats, nur Berichte aufzugreifen, die vor Sitzungsbeginn in Schriftform vorliegen. Danach berichtet Herr Özbay von der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 4. Juni 2024. Insbesondere spricht Herr Özbay die Tagesordnungspunkte „IKSK“ und „Klimastadtvertrag“ an.

Herr Kiemes geht auf den aktuellen Sachstand des „IKSK“ ein, wie er in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 4. Juni 2024 beraten worden ist. Die Handlungsfelder müssten nun weiter ausgearbeitet werden. Aktuell bestehe in diesem Zusammenhang kein gesonderter Bedarf in Richtung des Integrationsrats, da es sich um ein alle Bürger*innen und alle Einwohner*innen betreffendes Thema handele. Ob sich im Weiteren noch etwas Spezielles für den Integrationsrat ergebe, bliebe abzuwarten.

zu 14 Mitteilungen der Verwaltung

Für die Verwaltung berichtet Herr Tönnies, stv. Fachbereichsleiter des Fachbereichs „Wohnen, Soziales und Integration“. Er übermittelt die Grüße des neuen Beigeordneten des Dezernats „Wohnen, Soziales und Wirtschaft“, Herrn Thomas Hissel, der seit dem 03. Juni 2024 im Dienst der Stadt Aachen sei und aus terminlichen Gründen nicht persönlich an der Sitzung teilnehmen könne. Herr Hissel wird voraussichtlich an einer der kommenden Sitzungen des Integrationsrats teilnehmen.

Danach informiert Herr Tönnies die Mitglieder des Integrationsrats darüber, dass der Verwaltungsvorstand der Stadt Aachen entschieden hat, dass bei allen Rats- und Ausschussvorlagen, die migrations-/integrationspolitische Aspekte/Themen berühren, der Integrationsrat in die Beratungsfolge einzubinden sei.

zu 15 Verschiedenes

Frau Blume lobt die Veranstaltung des Integrationsrats vom 21. Mai 2024. Frau Smajic schließt sich ihrer Vorrednerin an und dankt allen Beteiligten.

Frau Schlösser-Al-Janabi bittet um rege Teilnahme am Infostand des Integrationsrats auf dem Multikultifest am 16. Juni 2024.

Herr Uluğ erinnert an den geplanten Infostand des Integrationsrats auf dem Weltfest am 29.06.2024.

Die Vorsitzende bittet darum, die anstehenden Termine in die Gruppe zu schreiben, damit Interessierte sich zum Mitmachen melden können.

Frau Smajic schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:53 Uhr.

Tischvorlage zu TOP 4

Aufgrund der terminlichen Verhinderung der Ausländerbehörde zur Sitzung des Integrationsrats am 05. Juni 2024 hat die Verwaltung auf Bitten der Vorsitzenden des Integrationsrats – Frau Smajic – die nachstehenden Fragen an die Ausländerbehörde übermittelt:

- Viele Beschwerden erreichen uns wegen der fehlerhaften Funktion des webbasierten Terminservers des Ausländeramtes. Was wird zur Lösung des Problems unternommen? Wie kann das drohende Problem des Ablaufs des Aufenthaltstitels - kurz vor den Sommerferien-wirksam gelöst werden?
- Wie ist die Personallage generell - und insbesondere im Bereich der Einbürgerung mit voraussichtlich deutlich steigenden Antragszahlen- beschaffen?
- Gibt es hinsichtlich der aktuellen Stellenausschreibung eine positive Diskriminierung von Menschen mit internationaler Familiengeschichte?

Antwort des Ausländeramtes:

Die Online-Terminverwaltung ist nicht fehlerhaft. Die notwendigen personellen Kapazitäten, insbesondere im Bereich des gehobenen Dienstes, sind schlichtweg ausgereizt, sodass weitere Terminkapazitäten derzeit nicht angeboten werden können.

Weitere räumliche Kapazitäten werden benötigt, stehen aber kurzfristig nicht zur Verfügung. Hier wurden bereits temporäre Maßnahmen umgesetzt und dauerhafte Lösungen befinden sich bereits in einer fortgeschrittenen Planung.

Im Übrigen wird auf die beiden beigegeführten Vorlagen für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt der Städteregion Aachen verwiesen.

Anlagen:

- Vorlage 2024/0185-E1 – Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechtes; - Antrag der SPD-Städteregionstagsfraktion vom 24.04.2024
- Vorlage 2024/0204 – Statistik Ausländeramt 2023

Mitteilungsvorlage
 vom 22.05.2024

öffentliche Sitzung

**Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechtes; -
 Antrag der SPD-Städteregionstagsfraktion vom
 24.04.2024**

Beratungsreihenfolge

Datum	Gremium
13.06.2024	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt (Kenntnisnahme)

Sachlage

Mit Schreiben vom 24.04.2024 bittet die SPD-Städteregionstagsfraktion anlässlich der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts um Berichterstattung über die aktuelle Situation und den prognostizierten Personalmehrbedarf im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt am 13.06.2024. Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Die Novellierung des Einbürgerungsrechts ist bereits seit Dezember 2023 bekannt. Die Verwaltung hat mit Prozessoptimierungen, einer neuen Außenstelle und der Anmeldung von personellen Mehrbedarfen für 2025 geeignete Maßnahmen ergriffen, um den Anliegen der antragsberechtigten Personen entsprechend zu begegnen. Der Kreis der antragsberechtigten Personen wird mit rund 34.000 Menschen kalkuliert. Inwiefern alle Antragsberechtigten von der Möglichkeit eines Antrages auf Einbürgerung Gebrauch machen, ist nicht vorhersehbar.

Prozessoptimierungen

In Vorbereitung auf die Novellierung des Einbürgerungsrechts sind zunächst die Rückstände von Einbürgerungsanträgen aus 2022 angearbeitet worden. Anarbeitung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Antrag auf Vollständigkeit geprüft und fehlende Unterlagen nachgefordert, die Sicherheitsanfragen gestellt und eine Zusammenfassung der Ausländerakte erstellt wurden, so dass der Fall bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen entscheidungsreif ist.

*Tabelle 1: Einbürgerungsanträge in der StädteRegion Aachen 2022-2024
 (Stand: 23.05.2024)*

Jahr	Anträge gesamt	Anträge angearbeitet	Anträge offen	Personen gesamt	Personen angearbeitet	Personen offen
2022	1714	1714	0	2258	2258	0
2023	1546	1171	375	2205	1652	553
2024	1012	65	947	1345	73	1272

Die Rückstände aus 2023 sowie die Neueingänge des laufenden Jahres sollen, soweit wie möglich, bis zum Inkrafttreten der neuen Norm ebenfalls aufgeholt werden.

Außenstelle für Angelegenheiten der Einbürgerung (Aachen-Arkaden)

Nach Billigung des Gesetzes zur Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Bundesrat ist zum 15.04.2024 kurzfristig eine Außenstelle für Angelegenheiten der Einbürgerung in den Aachen-Arkaden eingerichtet worden. In der Außenstelle werden Antragsberechtigte beraten, deren (Online-)Anträge entgegengenommen und für die Bearbeitung in der Verwaltung vorbereitet. Diese Außenstelle soll für die Dauer von voraussichtlich mindestens zwei Jahren mit bis zu sechs Aushilfskräften aufrechterhalten werden.

Personelle Mehrbedarfe

In der Arbeitsgruppe A 33.2 Einbürgerung und Staatsangehörigkeitsrecht sind aktuell insgesamt 7,19 VZÄ mit den Aufgaben befasst, wovon 2 VZÄ allerdings bis zum 31.08.2024 befristet sind. Hinzu kommen eine befristete Stelle für eine studentische Hilfskraft sowie eine noch vakante Projektstelle (KIM Modul 3). Eine vergleichbare Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in den Niederlanden hat zu einem dauerhaften Anstieg der Antragszahlen um den Faktor 2,3 geführt (vgl. Bundestagsdrucksache 20/9044). Um den neuen Anforderungen des Bundesgesetzgebers begegnen zu können, soll die Einrichtung von zusätzlichen 4 VZÄ in der Einbürgerung in das Personalmehrbedarfsverfahren 2025 eingebracht werden. Drei dieser Stellen sollen unbefristet und eine befristet für einen Zeitraum von zwei Jahren eingerichtet werden. Ob diese Stellenausstattung ausreichend ist, muss abgewartet werden, sie wird zunächst als angemessen angesehen.

Rechtslage

Aufgrund von § 41 Abs. 4 Satz 4 KrO NRW ist die dem Ausschuss vorsitzende Person verpflichtet, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen.

In Vertretung:
gez.: Nolte

Anlage/n

Keine

Mitteilungsvorlage
 vom 23.05.2024

öffentliche Sitzung

Statistik Ausländeramt 2023

Beratungsreihenfolge

Datum	Gremium
13.06.2024	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt (Kenntnisnahme)

Sachlage

Aufgrund eines Antrages der CDU-Städteregionstagsfraktion und der GRÜNE-Städteregionstagsfraktion vom 21.04.2021 beauftragte der Städteregionsausschuss am 17.06.2021 die Verwaltung, jährlich im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt über die statistischen Erhebungen im Bereich der Ausländerbehörde zu berichten und die Statistiken zur Verfügung zu stellen (vgl. Sitzungsvorlage 2021/0307).

1. Allgemeine Hinweise

Vorab wird auf die nachfolgenden Punkte zum Verständnis hingewiesen:

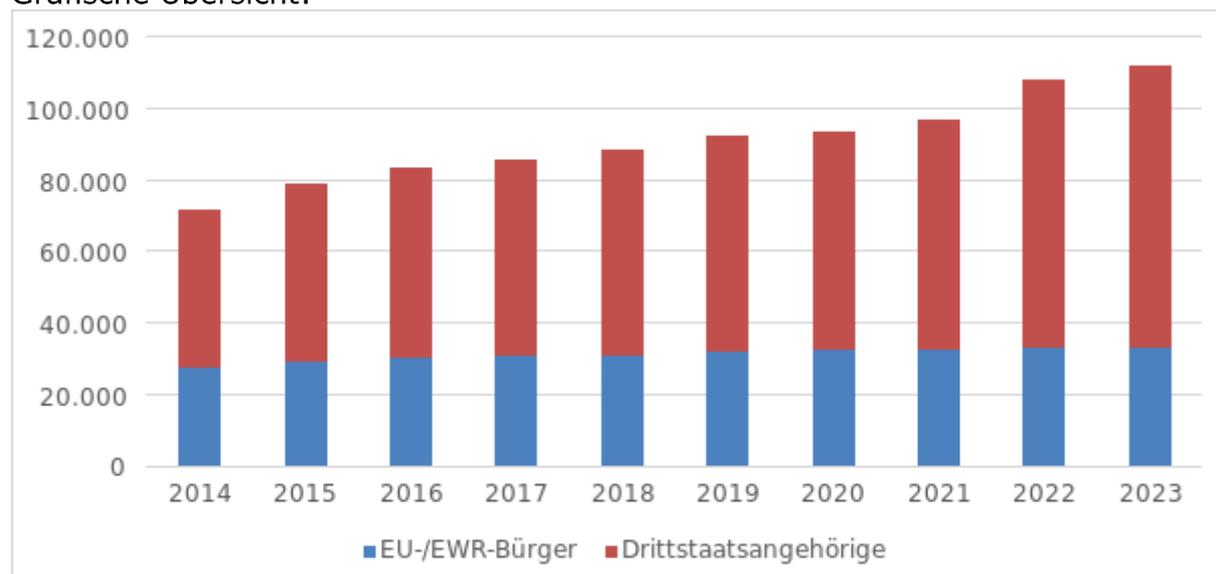
- Der Begriff „Menschen“ meint im nachfolgenden Kontext Menschen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind. Menschen, die auch oder ausschließlich im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind, dürfen aus rechtlichen Gründen nicht durch die Ausländerbehörde erfasst werden.
- Die unten aufgeführten Zahlen ergeben sich aus den nachfolgenden Quellen:
 - Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR)
 - Statistiken und Auswertungen der Ausländerbehörde der StädteRegion Aachen.

2. Statistische Entwicklungen

Nachfolgend wird die statistische Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren sowie im Verlauf des Jahres 2023 dargestellt.

a) Statistische Entwicklung im Zeitraum von 2014 bis 2023

Grafische Übersicht:



Zum 31.12. des jeweiligen Jahres war die Ausländerbehörde der StädteRegion Aachen für die Anliegen der unten aufgeführten Anzahl von Menschen zuständig:

Jahr	EU-/EWR-Bürger	Drittstaatsangehörige	Insgesamt
2014	27.633	44.174	71.807
2015	29.466	49.482	78.948
2016	30.604	53.293	83.897
2017	30.786	55.248	86.034
2018	31.173	57.459	88.632
2019	32.155	60.274	92.429
2020	32.381	61.291	93.672
2021	32.875	64.375	97.250
2022	33.349	75.176	108.525
2023	33.405	79.062	112.467

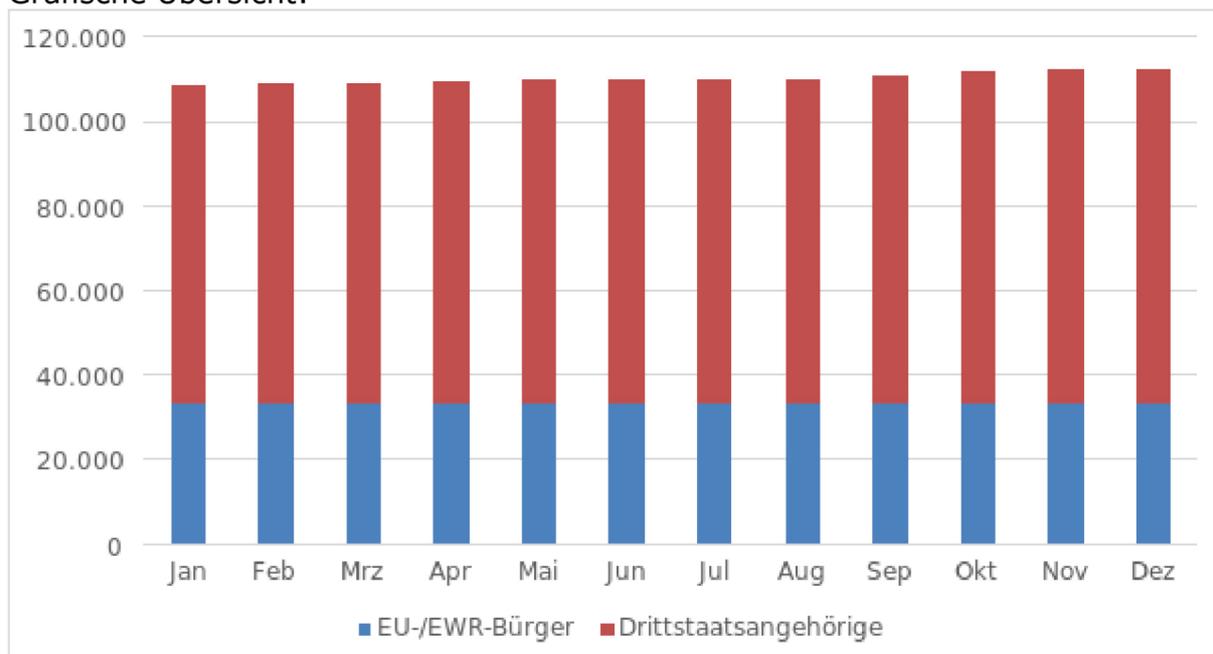
Im Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2023 ist die StädteRegion Aachen um 45.039 Menschen gewachsen.

b) Statistische Entwicklung im Jahr 2023

Die statistische Entwicklung im Jahr 2023 war weiterhin sehr stark durch Fluchtbewegungen geprägt.

aa) Allgemeine statistische Entwicklung im Jahr 2023

Grafische Übersicht:



Im Laufe des Jahres 2023 war die Ausländerbehörde der Städteregion Aachen zum jeweiligen Ende des Monats für die Anliegen der unten aufgeführten Anzahl von Menschen zuständig:

Monat	EU-/EWR-Bürger	Drittstaatsangehörige	Insgesamt
Jan.	33.345	75.588	108.933
Feb.	33.300	75.711	109.011
März	33.400	75.988	109.388
April	33.257	76.540	109.797
Mai	33.341	76.637	109.978
Juni	33.219	76.735	109.954
Juli	33.244	76.884	110.128
Aug.	33.180	77.175	110.355
Sept.	33.217	77.669	110.886
Okt.	33.470	78.428	111.898
Nov.	33.464	78.802	112.266
Dez.	33.405	79.062	112.467

Im Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 ist die Städteregion Aachen um 3.942 Menschen gewachsen.

bb) Weitere demographische Merkmale zum 31.12.2023

Zum 31.12.2023 lebten insgesamt 112.467 Menschen im Städteregionsgebiet.

Aufteilung nach Geschlecht:

männlich	weiblich	divers	unbekannt
60.168	52.256	2	41

Aufteilung nach Alter:

Altersgruppe	Menschen
keine Angaben	1
bis 16 Jahre	14.073
16 bis 18 Jahre	1.798
18 bis 25 Jahre	14.184
25 bis 35 Jahre	27.616
35 bis 45 Jahre	18.995
45 bis 55 Jahre	15.171
55 bis 65 Jahre	10.065
ab 65 Jahre	10.564

Aufteilung nach den zehn stärksten Staatsangehörigkeiten:

Staatsangehörigkeit	Menschen
türkisch	16.132
syrisch	7.761
ukrainisch	7.173
rumänisch	5.340
chinesisch	4.528
polnisch	4.330
indisch	3.566
niederländisch	3.379
bulgarisch	2.698
italienisch	2.497

Aufteilung nach den ausgestellten Aufenthaltstiteln/-dokumenten:

Aufenthaltstitel/-dokument	Menschen
Niederlassungserlaubnis/ Daueraufenthaltserlaubnis-EU	25.021
Ausbildung/Erwerbstätigkeit	12.886
Völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe	16.836
Familiäre Gründe	7.964
Besondere Aufenthaltsrechte	1.869
Sonstige/Befreiungen	6.981
Bescheinigungen über die Meldung als Asylsuchender	145
Aufenthaltsgestattungen	1.432
Aussetzung der Abschiebung (Duldung)	2.144
Ohne Aufenthaltsrecht	3.585
Bisherige Rechtsgrundlagen	6.114
EU-Aufenthaltsrechte nach dem FreizügG/EU	2.779
EU-/EWR-Bürger ohne erfassten Aufenthaltsstatus	24.563

Im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt am 31.05.2023 wurde durch die Ausschussmitglieder angefragt, ob bei den Aufenthaltstiteln/-dokumenten für den Bereich „Ausbildung/Erwerbstätigkeit“ und den Bereich „Aussetzung der Abschiebung (Duldung)“ zukünftig eine weitere Differenzierung erfolgen kann. Diese Anfrage wird nachfolgend berücksichtigt:

Aufteilung im Bereich „Ausbildung/Erwerbstätigkeit“:

Hinweis: Der Bereich der Ausbildung und Erwerbstätigkeit unterliegt aufgrund des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und der Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes starken rechtlichen Veränderungen. Daher wird eine Differenzierung nicht nach Rechtsgrundlagen, sondern nach dem entsprechenden Aufenthaltswitz vorgenommen.

Aufenthaltszweck	Menschen
Schulbesuch/Intensivsprachkurs	78
Berufsausbildung	545
Studienbewerbung	2
Studienvorbereitung	78
Studium	7.826
Arbeitsplatzsuche nach Studium	221
Arbeitsplatzsuche nach Berufsausbildung	2
Studienbezogenes Praktikum EU	6
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	32
Beschäftigung nach geduldetem Voraufenthalt	81
Beschäftigung aufgrund der Beschäftigungsverordnung oder aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen	874
Fachkraft mit Berufsausbildung	473
Fachkraft mit akademischer Ausbildung	475
Blaue Karte EU	1.791
Intra Corporate Transfer (ICT)	11
Forschung, Wissenschaft, Entwicklung	353
Selbständige und freiberufliche Tätigkeit	38

Aufteilung im Bereich „Aussetzung der Abschiebung (Duldung)“:

Duldungsart	Menschen
Aussetzung der Abschiebung aufgrund einer Anordnung durch die oberste Landesbehörde	484
Aussetzungen der Abschiebung aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen oder erheblichen öffentlichen Interesse	5
Aussetzung der Abschiebung wegen fehlender Reisedokumenten	646
Aussetzung der Abschiebung wegen ungeklärter Identität	56
Aussetzung der Abschiebung aufgrund familiärer Bindungen	25
Aussetzung der Abschiebung aus sonstigen Gründen	709
Aussetzung der Abschiebung aus medizinischen Gründen	63
Aussetzung der Abschiebung, weil konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung bevorstehen	9
Aussetzung der Abschiebung aufgrund eines Asylfolgeantrages	36
Aussetzung der Abschiebung bei unbegleiteten Minderjährigen	66
Aussetzung der Abschiebung bei stattgegebenem Eilantrag	4
Aussetzung der Abschiebung aufgrund von Abschiebungshindernissen gemäß § 60 Abs. 1 bis 5 und 7 AufenthG	7
Aussetzung der Abschiebung aufgrund einer Ausbildung	23
Aussetzung der Abschiebung aufgrund einer Beschäftigung	8
Aussetzung der Abschiebung eines Familienangehörigen eines Inhabers einer Beschäftigungsduldung	3

cc) Sonstige statistische Entwicklungen im Jahr 2023

Nachfolgend weitere statistische Entwicklungen im Jahr 2023:

aaa) Fluchtbewegungen

Auch das Jahr 2023 wurde weiterhin durch starke Fluchtbewegungen geprägt.

- **Russischer Angriffskrieg in der Ukraine**

In den hiesigen, mit den Sozialämtern der Kommunen der StädteRegion Aachen abgeglichenen Listen, befanden sich zum 31.12.2023 insgesamt 7.079 vertriebene Menschen aus der Ukraine.

Diese verteilten sich auf die einzelnen Kommunen der StädteRegion Aachen wie folgt:

Kommune	Menschen
Aachen	3.798
Alsdorf	517
Baesweiler	315
Eschweiler	494
Herzogenrath	483
Monschau	174
Roetgen	99
Simmerath	184
Stolberg, Rhld.	539
Würselen	476

- **Asylverfahren**

Zum 31.12.2023 befanden sich im Städteregionsgebiet insgesamt 18.554 Menschen, deren Asylverfahren abgeschlossen war. Diese teilen sich nach den nachfolgenden Abschlussentscheidungen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf:

Abschluss	Menschen
Asylberechtigung anerkannt	476
Flüchtlingseigenschaft zuerkannt	5.785
Subsidiärer Schutz zuerkannt	3.180
Asylantrag abgelehnt/eingestellt/erledigt	8.683
Schutzstatus widerrufen/zurückgenommen/erloschen	366
Überstellung an Dublinstaat entschieden	64

Zum 31.12.2023 befanden sich im Städteregionsgebiet insgesamt 2.076 Menschen im laufenden Asylverfahren.

Hiervon befanden sich 1.566 Menschen in den hiesigen, mit den Sozialämtern der Kommunen der StädteRegion Aachen abgeglichenen, Listen.

Diese verteilten sich auf die einzelnen Kommunen der StädteRegion Aachen wie folgt:

Kommune	Menschen
Aachen	244
Alsdorf	281
Baesweiler	122
Eschweiler	188
Herzogenrath	178
Monschau	93
Roetgen	77
Simmerath	151
Stolberg, Rhld.	88
Würselen	144

Die Gesamtzahl teilt sich schwerpunktmäßig (insgesamt 1.505 Menschen) unter den nachfolgenden Herkunftsregionen auf:

Herkunftsregion	Menschen
nahe und mittlerer Osten	1.111
Zentralafrika	149
Ehemalige UdSSR	136
Balkan	47
Asien	39
Nordafrika	23

bbb) Chancenaufenthaltsrecht

Am 31.12.2022 ist das Chancenaufenthaltsrecht gemäß § 104c AufenthG in Kraft getreten und wird nun auch statistisch erfasst.

Zum 31.12.2023 waren im Städteregionsgebiet 897 Menschen im Besitz eines Chancenaufenthaltsrechtes.

ccc) Rückführungen

In 2023 wurden 21 Rückführungen durchgeführt. 26 Rückführungen sind gescheitert.

ddd) Verwaltungsstreitverfahren

Im Jahre 2023 wurden 122 Verfahren eingeleitet. Hiervon waren 13 Untätigkeitsklagen.

Abgeschlossen wurden insgesamt 90 Verfahren im Jahre 2023. Hiervon gingen 31 zugunsten der StädteRegion Aachen aus. In einem Verfahren unterlag die StädteRegion Aachen.

58 Verfahren wurden eingestellt. In 38 Verfahren erfolgte die Kostenentscheidung zugunsten der StädteRegion Aachen. In 20 Verfahren zugunsten des Klagenden/Antragstellers.

In Vertretung:

gez.: Nolte

Anlage/n

Keine